

Europa Aktuell 1/2010

Die neuen designierten EU-Kommissare im Kreuzfeuer

Am Montag den 11. Jänner fingen die Anhörungen der designierten Kommissare, die sich den strengen Fragen der EU-Abgeordneten stellen mussten, an. In einem dreistündigen Hearing muss jeder Kandidat im zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments für sein eigenes Ressort Rede und Antwort stehen. Knapp fünf Wochen hatten die Kandidaten Zeit um sich auf ihr Hearing vorzubereiten, sich in die Materie einzulesen und die möglichen Fragen der EU-Parlamentarier zu antizipieren. Es ist mehr oder weniger mit einem Jobinterview zu vergleichen, denn eine falsche Antwort kann schon das Parlament gegen sich negativ einstimmen. In der Tat hat das Europäische Parlament bei der Zusammensetzung des neuen Kollegiums der Kommission eine Entscheidungsbefugnis, denn sollte ein designierter Kommissar den Eignungstest nicht bestehen, dann könnte diese Versammlung die ganze Kommission ablehnen – einem einzelnen Kommissar das Misstrauensvotum zu stellen ist vertraglich nicht festgelegt. Es kann jedoch genügend politischen Druck ausüben, um Barroso zu ersuchen, einen Ersatz für den ausscheidenden Kandidaten zu finden – wie 2004 mit dem italienischen Kommissars-Kandidaten Rocco Buttiglione der wegen seiner feindlichen Aussagen gegenüber Homosexuelle in die Misgunst des Parlaments fiel.

Im Grunde genommen läuft ein Hearing folgendermaßen ab: die verschiedenen Abläufe sind ganz genau zeitlich bestimmt; der designierte Kommissar hält zuerst eine einführende Rede von 10 Minuten, dann dürfen die einzelnen Fraktionsvorsitzenden des betroffenen Ausschusses sich eine Minute zu Wort melden und schließlich folgt ein zwei und halb stündiger Schlagabtausch zwischen dem Kandidaten und den Parlamentariern (Ping-Pong Mechanismus) – eine Frage innerhalb einer Minute darf gestellt werden und darauf darf der designierte Kommissar zwei Minuten antworten. Bei den Fragen handelt es sich prinzipiell um das Sachgebiet des zukünftigen Kommissars, d.h. welche EU Strategien bzw. Rahmenaktionen in den kommenden 5 Jahren in Frage kommen, welche Rechtsgebiete verstärkt werden können und wie die Zusammenarbeit mit dem Parlament stattfinden wird. Der Kandidat muss seine Vision Europas, sein Engagement und seine Kompetenzen unter Beweis stellen. Auch persönliche Fragen zur vergangen politischen Laufbahn oder zur angeblichen Verwicklungen mit dubiosen geschäftlichen Interessen können gestellt werden. Diesbezüglich ist vor allem die bulgarische Kandidatin Rumania Jelewa betroffen, welche die Vorwürfe zur unvollständigen Angaben ihrer geschäftlichen Interessen nicht vom Tisch räumen konnte. Auch die Vorwürfe, dass ihr Ehemann in Mafiageschäfte verwickelt wäre, löste sie ziemlich ungeschickt. Sie ist sozusagen die Wackelkandidatin Nummer eins und könnte höchstwahrscheinlich durch fehlende Integrität vom Parlament abgelehnt werden.

Hearing von Johannes Hahn, der „Vater der Regionen“

Am Donnerstag den 14. Januar fand dann auch die Anhörung vom designierten Kommissar für EU-Regionalpolitik, Johannes Hahn, im Ausschuss für Regionalpolitik des Europäischen Parlaments statt. Das Büro Brüssel des österreichischen Gemeindebundes nahm an dieser Sitzung teil, da dieses Ressort für die österreichischen Gemeinden von größter Bedeutung ist: „Gerade in den letzten Jahren haben wir sehr deutlich gesehen, welche ungeheuer wichtige Rolle die Regionen und kleineren Einheiten in einer globalisierten Welt spielen“, so Gemeindebund-Präsident Bgm.

Helmut Mödlhammer. "Die Kraft kommt von unten, das sieht man an hunderten regionalen Projekten und Ideen. Hier hat die Europäische Union eine große Verantwortung, solche Projekte und Ideen zu unterstützen. Johannes Hahn verfügt als langjähriger Kommunalpolitiker über entsprechende Erfahrungen, ich erwarte mir, dass er einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung und Unterstützung der Regionen von Seiten der EU legt", so Mödlhammer.

Herr Hahn meisterte das Hearing mit einer soliden Leistung und war am Ende sicherlich von der langen und sehr anstrengenden Sitzung gezeichnet. Zusammenfassend hat der österreichische Kandidat mit viel Elan, Leidenschaft und Sachkenntnis im Bereich der Regionalpolitik die Fragen der Abgeordneten geschickt gelöst. Zweimal musste er auch – unter anderem zu einer Frage von MdEP Franz Obermayr – den Vorwurf, er sei in seiner Zeit als Novomatic-Vorstand in einer Schwarzgeldaffäre verwickelt gewesen, abwehren, was ihm auch einigermaßen gut gelang. Sonst haben die meisten Fragen sich auf das inhaltliche konzentriert und als Fazit dieses Hearings kann man schon behaupten, dass Johannes Hahn auf breite Zustimmung unter den Mitgliedern des Europäischen Parlaments gestoßen ist, auch wenn er technische Fragen – Stichwort Northstream bei der Gaslieferung – aufgrund noch mangelnder Kenntnisse in der Materie nur teilweise beantworten konnte.

Regionalpolitik der EU als Motor der Integration

In seinem einleitenden Statement hob Herr Hahn vor allem hervor, dass die Regionalpolitik eine Erfolgsgeschichte der europäischen Integration ist, auch wenn er sich dessen bewusst ist, dass es Strömungen gibt, die darüber eine andere Meinung vertreten. Nichtsdestotrotz ist die Regionalpolitik unabdingbar für die europäischen BürgerInnen. „Sollte es ein Alternative zur Regionalpolitik geben, dann wäre es eine noch bessere Regionalpolitik“, so Hahn. Er wies ebenfalls auf die hervorragende Arbeit seiner Vorgänger Hübner und Samecki hin und will auf dieser Basis weiterhin erfolgreich für die Regionalpolitik werken, denn diese ist weiterhin auf einem historischen Prüfstand. In der Tat hat das Zusammenwachsen Europas mit den neuen Mitgliedstaaten seit 2004 einen wichtigen Schritt nach vorne gemacht und laut Hahn hat es die europäische Solidarität zwischen den ärmeren und reicheren Regionen tatsächlich gegeben. Dennoch hat keine Region eine Wohlstandsgarantie für die Zukunft und somit bedeutet es für die Regionalpolitik nicht nur den ärmeren Regionen zu helfen, sondern auch den reicheren die Möglichkeiten zu geben, sich weiter zu entwickeln und die Innovation zu fördern, die dann allen zu Gute kommt. Der Kandidat hat sich auch nochmals strikt gegen eine Renationalisierung dieses Politikbereiches erklärt, denn Kohäsionspolitik ist unabdingbar. Diese soll auch mit den Lissabon-Zielen vereinbart werden, denn das Geld das in die Regionen und in die Menschen investiert wird, kommt dann auch wieder zurück. Zum Thema der Fehlerquote, sprach sich Hahn sowohl für eine Verringerung des Verwaltungsaufwandes als auch für eine Verringerung der Fehlerquoten aus. Er will sich bemühen diesen Spagat zu machen, denn es soll keine Toleranz für Betrug geben.

Zur Frage, ob er in der Kommission sich als Anwalt der Regionen sähe und sich z.B. für die kommunale Daseinsvorsorge kümmern würde, gab Herr Hahn bekannt, dass er gern als „Vater der Regionen“ fungieren und er auch im Kollegium sich dafür einsetzen würde, wenn Themen eine lokale Auswirkung haben und die nicht direkt sein Ressort betreffen, dass die regionalen und lokalen Bedürfnisse bei der Politikgestaltung der Kommission auch tatsächlich berücksichtigt werden.

Forschung als wichtiger Bestandteil seiner Politik

Bezüglich der territorialen Kohäsion will der designierte Kommissar die Prioritäten in folgenden Bereichen setzen: Infrastrukturen, Forschung und Entwicklung. Vor allem bei der Forschung sei das Budget zu schwach und da müsste die EU den Hebel verstärkt ansetzen. Während des ganzen Hearings war das Stichwort Forschung für Johannes Hahn (sicherlich aufgrund seiner nahen Vergangenheit als Bundesminister in diesem Ressort und seiner Kenntnisse diesbezüglich) ein wesentliches Thema: für ihn gehen die Regionalpolitik und die Forschung Hand in Hand.

Die regionalen Disparitäten sollen auch mit Forschung und Entwicklungsausgaben bekämpft werden. Laut Hahn sei die „Forschung der Exzellenz verpflichtet“ und das geografisch auch total unabhängig. Es ist insbesondere wichtig, dass der „Brain Drain“ innerhalb Europas vermieden wird, aber jedoch die „Brain Circulation“ stärker gefördert wird. „Die Universitäten sind der Nukleus der Forschungsaktivitäten“, so Hahn.

Die lokale Ebene soll eingebunden werden

Wichtig für ihn ist es auch eine bottom-up-Strategie anzuwenden, in der die lokale Ebene stark einbezogen wird, denn die lokalen Mitspieler sowie die Zivilgesellschaft sind wichtig, um die zukünftigen Ziele bei der territorialen Kohäsion, die de facto auch die soziale Kohäsion beinhaltet, zu erreichen. Johannes Hahn bekräftigte auch, dass er verstärkt auf die Expertise des Ausschuss der Regionen zurückgreifen will, denn dieser wisse am besten wie man viele Probleme auf lokaler und regionaler Ebene lösen könnte.

Bessere Anwendung der strukturelle Fonds

Der Meinung des Kandidaten nach sollen die Fonds vor allem im Bereich der Energie, der Forschung und Technologie angewandt werden. In Frankreich wurden anscheinend 13 000 Unternehmer von Klein- und Mittelbetrieben im Innovationsbereich gefördert; das kann sich nur positiv auf die Entwicklung der Regionen auswirken. Die Förderung von KMU muss sicherlich im Zusammenhang mit Regionalprojekten stehen.

Zur Frage wie man die indirekten Verdienste der EU-Regionalpolitik für die sogenannten Nettozahler besser fördern, besser promoten kann, antwortete der österreichische Kandidat folgendermaßen: seit 2007 wird die Auswirkung der Regionalpolitik in der EU gemessen und es wird sich bald herausstellen, dass die Investitionen sich auch für die Nettozahler lohnen werden. Um die „Gesundheit“ einer Region auch zu messen sollten, laut Hahn, vielleicht auch weitere Kennziffern verwendet werden als das BIP, um ein besseres Bild der Region darstellen zu können. Auf dieses Problem wies auch der MdEP Richard Seeber hin, als er während seiner Wortmeldung mitteilte, dass die Berggebiete trotz hohem BIP/Kopf Einkommen trotzdem einige Mängel vorzuweisen hätten und gern von den strukturellen Fonds profitieren würden.

Zum Schluss wurde dem Präsidenten des AdR, Luc Van den Brande noch ein paar Minuten gewährt, die Anliegen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu präsentieren und er hob noch einmal hervor, dass diese Akteure einen sehr wichtigen Beitrag zur Gestaltung der europäischen Regionalpolitik leisten können. Er freue sich über eine gute Zusammenarbeit sowie das Parlament, das vom Kandidaten eingeladen wurde auf regelmäßiger Weise eng mit ihm zu kooperieren. Johannes Hahn kenne aufgrund seiner eigenen Erfahrung die Bedenken und Anliegen von Parlamenten und deshalb will er auch informelle Begegnungen mit dem Parlament verstärkt pflegen.

Die Gemeinde Amfiklia in Griechenland sucht eine Partnergemeinde

Die Gemeinde Amfiklia, mit einer Bevölkerung von ungefähr 6000 Einwohnern, liegt im Zentrum Griechenlands nordöstlich am Fuße des Berges Parnassus, 165 km nördlich von Athen. Die Gemeinde besteht aus 6 Dörfern, Amfiklia ist der Hauptort. Die fünf anderen Dörfer liegen am südlichen Fuß des Berges Kollidromon. Zwischen diesen beiden Bergketten liegt ein Tal, in dem der Boiationa Kifissos fließt. Amfiklia liegt ungefähr 370 m über der Meeresebene und ist eine historische Stadt mit traditionellem landwirtschaftlichem Sektor. Die beiden hauptsächlichen sozioökonomischen Sektoren sind die Landwirtschaft und der Tourismus.

Ein dritter Sektor wird immer wichtiger und dies sind die Fremdenverkehrsmöglichkeiten/Bau von Zweit- oder Wochenendwohnungen aufgrund der sehr schönen natürlichen Umgebung, der Nähe zu Athen und der guten Verkehrsmöglichkeiten. Angebaut werden Getreide, Baumwolle, Alfalfa (Luzerne), Tomaten, Oliven. Durch die Agrarreform in der EU steht die heimische Landwirtschaft schwierigen Problemen gegenüber. Der Tourismus besteht hauptsächlich aus Wintersport (Skifahren) in den Parnassus Skigebieten, die größten in Griechenland, die sich im Verwaltungsgebiet der Gemeinde Amfiklia befinden. Andere Formen des Tourismus sind: Agrotourismus, Natur- und Umwelttourismus, kultureller Tourismus (Präsenz von Museen, religiöse und archäologische Monumente, Sportanlagen, Festivals). Die Verwaltung der Gemeinde wendet sich mehr und mehr der Anwendung der neuen Informationstechnologie zu. Umweltfreundliche Initiativen sind unternommen worden wie Recycling von Papier, Plastik, Glas und Metall, von Elektro- und Elektronikgeräten, von Batterien und Kompostierung von Hausabfällen.

Das Interesse in der Zusammenarbeit mit anderen Städten, außer Städtepartnerschaften, ist die Mitarbeit in gemeinsamen Projekten bezüglich der Umwelt, Entwicklung (städtische und Umweltentwicklung, z.B. LIFE+ Programm), kulturelle Zusammenarbeit (Folklore, Sport, Erziehung durch Grundschulen und Sekundarschulen), technologische und verwaltungstechnische Anwendungen in der Gemeinde- und Stadtverwaltung, landwirtschaftliche Planung, Entwicklung des Tourismus.

Adresse: Municipality of Amfiklia, Parnassus Square, 35002 Amfiklia, Greece.

Bürgermeister: Professor Ioannis Tsitsipis

Kontaktperson: George Markatatos

Adresse: KRESTHAINIS 43, 143 42 ATHENS GREECE,

Tel: 00302102583170, Fax: 00302102583218

e-mail : contact@elyros.com

Für weitere Informationen können Sie auch das Büro Brüssel kontaktieren